



Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt
und ländliche Räume | Postfach 71 51 | 24171 Kiel

Der Minister

An den
Vorsitzenden des
Umwelt- und Agrarausschusses
Herrn Hauke Götsch (MdL)
Landeshaus
24105 Kiel

Abg.
Angelika Beer
(PIRATEN)

EINGEGANGEN
08. Jan. 2014

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: /
Meine Nachricht vom: /

16. Dezember 2013

Aufsuchungserlaubnisse für die Felder Gettorf, Sterup und Elmshorn Bewilligung für das Feld Warnau

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegende Bescheide des Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) zur
Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen übersende ich Ihnen mit der Bitte um Kenntnismah-
me durch den Umwelt- und Agrarausschuss. Das LBEG wird diese Bescheide zeitnah zu-
stellen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Robert Habeck

Anlagen



Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
Postfach 11 53, 38669 Clausthal-Zellerfeld



**Landesamt für Bergbau,
Energie und Geologie**

Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein,
Hamburg, Bremen und Niedersachsen

PRD Energy GmbH
Potsdamer Platz 11
10785 Berlin

Bearbeitet von Herrn Brinkmann

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)
L2.7/L67211/11-12_07/2012-
0001

Durchwahl (0 53 23) 9612-248

Clausthal-Zellerfeld
06.11.2013

E-Mail
Fred.Brinkmann@lbeg.niedersachsen.de

Erlaubnisfeld Gettorf
Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen
Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken gem. § 7 BBergG

- Antrag der Kanzlei CMS Hasche Sigle vom 06.09.2012 - JMe-gg-2011/07215 -

Gemäß §§ 7, 10, 11 und 16 des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, wird Ihnen auf Ihren o. a. Antrag die Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen zu gewerblichen Zwecken innerhalb der rot umrandeten Begrenzung der zu dieser Erlaubnis gehörenden Karte (Blatt 1 - Feldeseckpunkte: in ganzen Zahlen, 1 bis 8 und 1) erteilt.

Es wird darauf hingewiesen, dass von dem Erlaubnisfeld Gettorf Gebiete aufrechterhaltener Rechte und Verträge (sog. Erdölaltverträge) im Sinne des § 149 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 BBergG umschlossen sind. Deren Inhalt bleibt gemäß § 156 Abs. 1 BBergG unberührt, d. h. die für das Erlaubnisfeld Gettorf erteilte Erlaubnis erstreckt sich nicht auf die Gebiete, für die aufrechterhaltene Rechte und Verträge bestehen. Daher kann die Ausübung der Rechte aus dieser Erlaubnis im Bereich der aufrechterhaltenen Rechte und Verträge nur mit Zustimmung der Inhaber dieser Rechte erfolgen. Die Lage dieser aufrechterhaltenen Rechte und Verträge ist dem Blatt 2 der zu dieser Erlaubnis gehörenden Karte zu entnehmen.

Das Erlaubnisfeld "Gettorf" erstreckt sich über eine Fläche von 516.910.700 m². Es liegt im Land Schleswig-Holstein, in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde und Plön sowie der Kreisfreien Landeshauptstadt Kiel.

Die Erlaubnis wird vom 01.12.2013 bis zum 30.11.2018 befristet erteilt.

Hinweise:

Die Erteilung einer Erlaubnis gemäß § 7 BBergG verleiht der Inhaberin das grundsätzliche Recht zur Aufsuchung des betreffenden Bodenschatzes im zugesprochenen Erlaubnisfeld. Sie stellt eine vorbereitende Entscheidung einer Behörde dar, aus

der sich ableitend tatsächliche Handlungen ergeben, die in einem bergrechtlichen Betriebsplan (§ 52 ff BBergG) zugelassen werden.

Vorsorglich wird darauf hingewiesen,

dass sich die Landesregierung Schleswig-Holstein gegen Fracking mit wasser- und umweltgefährdenden Stoffen ausgesprochen hat. Bergrechtliche Betriebspläne (§ 52 ff BBergG), mit dem Ziel Methoden zum Aufbrechen von Gesteinen mit hydraulischem Druck unter Einsatz von Flüssigkeiten die wassergefährdende, human- oder ökotoxische Stoffe enthalten, einzusetzen, sind aus Sicht des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein nicht genehmigungsfähig und,

dass Schutzinteressen, bezogen auf bspw. Gewässer/Grundwasserleiter, europäische Schutzgebiete, mögliche Beeinträchtigungen der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, im weiteren Genehmigungsverfahren zur Zulassung von bergrechtlichen Betriebsplänen zu beurteilen und abzuarbeiten sind.

So sind noch vorhabenbedingt erlaubnispflichtige Gewässerbenutzungen sowie Eingriffe in Natur und Landschaft zu prüfen. Zu beurteilen sind ferner, ob und in welchem Umfang Verbotstatbestände im Bereich des Arten- und Biotopschutzes erfüllt werden.

1. Natura 2000

Das beantragte Erlaubnisfeld liegt im Bereich bzw. in Nahbereich folgender europäischer Schutzgebiete (Natura 2000-Gebiete):

- FFH-Gebiet Nr. DE 1626-325 „Kiel Wik / Bunkeranlage“
- FFH-Gebiet Nr. DE 1825-302 „Wennebeker Moor und Langwedel“
- FFH-Gebiet Nr. DE 1725-352 „Quellen am Großen Schierensee“
- FFH-Gebiet Nr. DE 1726-301 „Wald nordwestlich Boksee“
- FFH-Gebiet Nr. DE 1626-352 „Kalkquelle am Nord-Ostsee-Kanal in Kiel“
- FFH-Gebiet Nr. DE 1826-302 „Wald am Bordesholmer See“
- FFH-Gebiet Nr. DE 1526-353 „Naturwald Stodthagen und angrenzende Hochmoore“
- FFH-Gebiet Nr. DE 1725-353 „Niedermoor bei Manhagen“
- FFH-Gebiet Nr. DE 1725-306 „Staatsforst Langwedel-Sören“
- FFH-Gebiet Nr. DE 1526-391 „Südküste der Eckernförder Bucht und vorgelagerte Flachgründe“
- FFH-Gebiet Nr. DE 1725-392 „Gebiet der Oberen Eider incl. Seen“
- Europäisches Vogelschutzgebiet Nr. DE 1525-491 „Eckernförder Bucht mit Flachgründen“
- Europäisches Vogelschutzgebiet Nr. DE 1725-401 „NSG Ahrensee und nordöstlicher Westensee“

Diese Gebiete und ihre gebietsspezifischen Erhaltungsziele sind öffentlich bekannt gemacht worden und stehen im Internet unter den folgenden Fundstellen unter

http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForstJagd/05_Natura2000/023_FFH_Gebiete/ein_node.html
bzw. unter

http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForst-Jagd/05_Natura2000/025_Vogelschutz/ein_node.html.

zur Verfügung.

Es wird darauf hingewiesen, dass nach gängiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes ein Vorhaben nur dann als verträglich angesehen werden kann, wenn keine vernünftigen Zweifel verbleiben, dass das Gebiet als Ganzes oder wesentliche Bestandteile gemessen an seinen Erhaltungszielen (für sämtliche Arten) nicht erheblich beeinträchtigt werden. Dieses ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens sicherzustellen.

Zum Schutzzweck des o. g. FFH-Gebietes „Südküste der Eckernförder Bucht und vorgelagerte Flachgründe“ gehört u. a. der Schutz der Schweinswale. Dieser Schutzzweck beinhaltet die Erhaltung

- lebensfähiger Bestände und eines natürlichen Reproduktionsvermögens, einschließlich des Überlebens der Jungtiere,
- von naturnahen Küstengewässern der Ostsee, insbesondere von produktiven Flachwasserzonen bis 20 m Tiefe,
- von störungsarmen Bereichen mit geringer Unterwasserschallbelastung,
- der Nahrungsfischbestände sowie
- Sicherstellung einer möglichst geringen Schadstoffbelastung der Küstengewässer.

Die Durchführung von seismischen Messungen im Meeresbereich läuft diesen Erhaltungszielen entgegen. Sollten seismische Untersuchungen im marinen Bereich auch im Zusammenhang mit der Explorationsbohrung oder der anschließenden Förderung notwendig sein, so gilt dieses gleichermaßen auch für diese.

Der Schweinswal gehört zu den bedrohten Tierarten. Die Staaten der Europäischen Union sind u. a. aufgrund der FFH-Richtlinie (Art. 12 Buchstabe b der FFH-Richtlinie untersagt jede Beeinträchtigung) und dem Kleinwalabkommen ASCOBANS verpflichtet, Schweinswale zu schützen. Er gehört als Anhang IV-Art zu den streng geschützten Arten gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 10 BNatSchG.

Die Tötung oder Verletzung der Tiere durch Lärm (Seismik/Rammungen) fallen unter die Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG.

2. Naturschutzgebiete

Das Bewilligungsfeld liegt im Bereich bzw. im Nahbereich der folgenden Naturschutzgebiete

- „Ahrensee und nordöstlicher Westensee“
- „Bewaldete Düne bei Noer“
- „Kaltenhofer Moor“
- „Schulensee und Umgebung“
- „Überschwemmungswiesen Jägerslust“
- „Wennebeker Moor und Wennebekniederung“

Die jeweiligen Schutzgebietsverordnungen sind zu beachten.

3. Landschaftsschutz

Das Bewilligungsfeld überschneidet sich zudem ausweislich der vorgelegten Erlaubnisfeldkarte mit den Landschaftsschutzgebieten

- „Bothkamper See, Tal der Drögen Eider und Umgebung“
- „Eidertal bei Flintbek“
- „Kieler Fördeumgebung Stadtkreis Kiel, Landschaftsteil Forstbaumschule, Düsternbrooker Gehölz, Krusenkoppel“
- „Langsee, Kuckucksberg und Umgebung“
- „Drachensee, Russee und Umgebung“
- „Küstenlandschaft Dänischer Wohld“
- „Landzunge Flehmuder See/Ringkanal“
- „Felmer Moor“
- „Kirchenmoor“
- „Westufer des Bordesholmer Sees“
- „Einfelder See“
- „Erweiterte Umgebung Bisseer Gehege“
- „Tal der Drögen Eider und Eidertal“
- „Westenseelandschaft“
- „Landschaft der oberen Eider“
- „Zwischen Eidertal und Klosterforst Preetz“
- „Duxmoor“

Die Schutzgebietsverordnungen sind zu beachten.

4. Gewässerschutz

Das Erlaubnisfeld überschneidet sich ausweislich des vorgelegten Lagerisses mit dem Wasserschutzgebiet "Bordesholm".

In diesem Gebiet sind konkrete Aufsuchungsarbeiten oder Fördertätigkeiten ggf. verboten, nur eingeschränkt oder nur mit besonderen Auflagen möglich. Die jeweilige Schutzgebietsverordnung ist zu beachten, (s. http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/Wasser/Meer/01_AllgInformationen/04_RechtGrundlagen/PDF/WasserschutzgebieteSH_blob=publicationFile.pdf).

Darüber hinaus bestehen in dem beantragten Feld eine Reihe weiterer Wassergewinnungsanlagen der öffentlichen Trinkwasserversorgung, in deren Einzugsbereich ebenfalls besondere Anforderungen einzuhalten sind.

Besonders zu erwähnen sind die Einzugsgebiete der Wasserwerke Kiel, Rumohr und Felde, die sich über weite Teile des Erlaubnisfeldes erstrecken. Detaillierte Informationen sind über das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR), Abt. 6, Geologie und Boden, oder die zuständigen Unteren Wasserbehörden erhältlich.

Sofern bei künftigen Maßnahmen das Grundwasser berührt wird (z. B. bei Erdaufschlüssen, Bohrungen, Einleitungen), ist zu prüfen, ob ein wasserrechtlicher Benutzungstatbestand vorliegt. Diese Prüfung ist im Einvernehmen mit der zuständigen Unteren Wasserbehörde durchzuführen. Wasserrechtliche Anforderungen im Rahmen eines konkreten Betriebsplanverfahrens sind ebenfalls im Einvernehmen mit der zuständigen Unteren Wasserbehörde festzulegen.

Zu den weiteren Hinweisen und Bedenken hinsichtlich des Grundwasser- und Naturschutzes sind die anliegenden Stellungnahmen der betroffenen Gebietskörperschaften zu beachten.

Es wird weiterhin darauf hingewiesen, dass die sich aus § 7 BBergG herleitenden Rechte nicht grundsätzlich zum Ausschluss anderweitiger Nutzungen, vor allem anderer Bodenschätze, im Erlaubnisfeld führen.

1. Sie sind verpflichtet, das Erlaubnisfeld nach Maßgabe des vorgelegten Arbeitsprogramms zu untersuchen. Die Erlaubnis erlischt, wenn das mit dem Antrag vorgelegte Arbeitsprogramm nicht erfüllt wird, es sei denn, die Abweichungen sind zuvor schriftlich angezeigt und vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) genehmigt worden.
2. Dem LBEG ist zu Beginn eines jeden Kalenderjahres über den Stand der Aufsuchungsarbeiten zu berichten; dabei sind auch etwaige Änderungen und Fortschreibungen des Arbeitsprogramms vorzutragen und zu begründen. Zu der Berichterstattung gehört die Vorlage der Untersuchungsergebnisse in Form von Schichtenverzeichnissen und zeichnerischen Darstellungen der geologischen Verhältnisse. (Die Berichterstattung ersetzt nicht die Anzeige- und Genehmigungsverpflichtung zu Nr. 1.)
3. Sie sind gemäß Bundesberggesetz (BBergG) zur Berichterstattung und Datenablieferung an das LBEG verpflichtet. Nähere Angaben dazu sind der beigefügten Anlage „Merkblatt zur Erhebung von geophysikalischen und geologischen Daten aus Kohlenwasserstoff-Erlaubnis- und Bewilligungsfeldern“ zu entnehmen.

Bereits bei Einreichung des Arbeitsprogramms im Rahmen künftiger Erlaubnisverlängerungen ist der zeitliche Ablauf der einzelnen Vorhaben Ihres Arbeitsprogramms anzugeben. Dabei sind weiterhin die finanziellen Aufwendungen für die einzelnen Vorhaben Ihres Arbeitsprogramms darzustellen.

Ich weise darauf hin, dass eine Beteiligung Dritter an dieser Erlaubnis gemäß § 22 BBergG der Genehmigung des LBEG bedarf. Hierzu ist die Vorlage eines Vertrages erforderlich, welcher vom Erlaubnisinhaber, den ggf. vorhandenen Konsorten und dem zu beteiligenden Vertragspartner unterschrieben ist.

Die Stellungnahme des nach § 15 BBergG beteiligten Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume sowie die von ihr beteiligten Gebietskörperschaften sowie ein Merkblatt zur Feldesabgabeerklärung sind zu Ihrer Kenntnisnahme und Beachtung beigelegt. Ein Vordruck zur Feldesabgabeerklärung für den Erhebungszeitraum 2013 liegt ebenfalls bei.

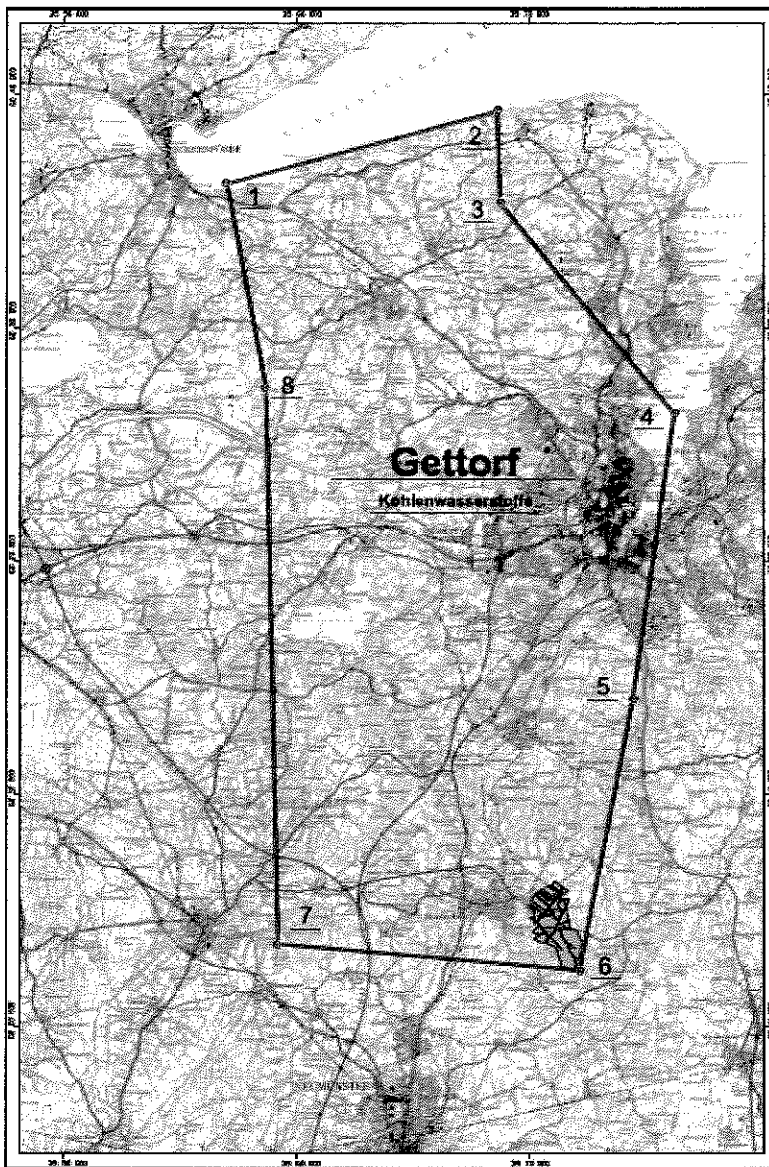
Für die Erteilung dieser Erlaubnis erhebe ich gemäß Tarifstelle 3.2.1.1 des Allgemeinen Gebührentarifs der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren vom 15.10.2008 (GVOBl. Schl.-H. 2008, S. 383), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, eine Verwaltungsgebühr von 6.723,-- €.

Eine Verwaltungskostenrechnung ist beigelegt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid sowie die Verwaltungskostenfestsetzung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen in 38678 Clausthal-Zellerfeld, An der Marktkirche 9, einzulegen.

Im Auftrage
gez. Söntgerath



Quelle: Bundesamt für Kartographie und Landvermessung
Auswertung aus: DTN/DE: Hydrologische Karte 1:25000 - 4. Ausgabe 2010
Mittelmaßstab: 1:25000, Projektion: UTM, Datum: 1975

Koordinatenverzeichnis der Feldeseckpunkte Gettorf

1	3554692,00	5596250,00
2	3568511,42	5593339,35
3	3569745,00	5593530,00
4	3571220,00	5593590,91
5	3574450,00	5594110,00
6	3572175,85	5592404,86
7	3569355,00	5593525,00
8	3568545,00	5593740,00

Flächeninhalt des Feldes: 105884,200 m²
berechnet auf Basis der obenstehenden Punkte
Überschneidungsberechnung mit anderen Rechtecken: 0,00 m²

Blatt 1 der Karte für das Erlaubnisfeld "Gettorf" zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen

Land Schleswig-Holstein
Kreise
Rendsburg-Eckernförde, Kiel, Plön

Flächeninhalt des Erlaubnisfeldes Gettorf: 516.210,700 m²
(nach Berücksichtigung der anderen Rechtecke und der Flächenberechnung entspricht auf volle 100 m²)

Maßstab 1 : 100.000
angefertigt: Clausen-Zellerfeld, August 2002 (durch: Clausen-Zellerfeld)
Druck: Peter Müller

FG- PRD Energy GmbH
Pechdamer Platz 11
10785 Berlin

Zur Erstellung der Erlaubnis
vom für
Clausen-Zellerfeld, den
Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie



Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
Postfach 11 53, 38669 Clausthal-Zellerfeld



**Landesamt für Bergbau,
Energie und Geologie**

Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein,
Hamburg, Bremen und Niedersachsen

Central Anglia AS
Nils Bays Vei 9
0876 Oslo

Bearbeitet von: Frau Pioch

Norwegen

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)

Durchwahl (0 53 23) 9612-224

Clausthal-Zellerfeld

L2.7/L67211/11-12_06/2012-
0001

14.11.2013

E-Mail

Astrid.Pioch@lbeg.niedersachsen.de

Erlaubnisfeld Sterup
Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen
Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken gem. § 7 BBergG

- Ihr Antrag vom 31.07.2012 sowie Änderungen vom 29.09.2012 und 03.07.2013 -

Gemäß §§ 7, 10, 11 und 16 des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, wird Ihnen auf Ihren o. a. Antrag die Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen zu gewerblichen Zwecken innerhalb der rot umrandeten Begrenzung der zu dieser Erlaubnis gehörenden Karte (Feldeseckpunkte: in ganzen Zahlen, 1 bis 4 und 1) erteilt.

Das Erlaubnisfeld "Sterup " erstreckt sich über eine Fläche von 182 689 100 m². Es liegt im Land Schleswig-Holstein, im Kreis Schleswig-Flensburg.

Die Erlaubnis wird vom 01.12.2013 bis zum 30.11.2016 befristet erteilt.

Hinweis:

Die Erteilung einer Erlaubnis berechtigt den Inhaber nicht zu tatsächlichen Aufsuchungshandlungen sondern stellt einen Rechtstitel dar, mit dem ihm aufgrund der nachzuweisenden Eignung lediglich das grundsätzliche und ausschließliche Recht zugewiesen wird, die Aufsuchung in dem ihm zugesprochenen Erlaubnisfeld vorzunehmen. Tatsächliche Aufsuchungshandlungen dürfen nur aufgrund zugelassener Betriebspläne (§ 51 ff BBergG) erfolgen.

Mit der Erlaubnis werden weder tatsächliche Handlungen, noch flächenrelevante Maßnahmen wie vorbereitende seismische Messungen oder Bohrungen gestattet.

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass sich die Landesregierung Schleswig-Holstein gegen Fracking mit wasser- und umweltgefährdenden Stoffen ausgesprochen hat. Bergrechtliche Betriebspläne (§ 52 ff BBergG), mit dem Ziel Methoden zum Aufbrechen von Gesteinen mit hydraulischem Druck unter Einsatz von Flüssigkeiten die wassergefährdende, human- oder ökotoxische Stoffe enthalten, einzusetzen, sind aus Sicht des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein nicht genehmigungsfähig.

Die nachfolgend aufgeführten Schutzgebiete sollten unabhängig von den rechtlichen Bestimmungen für weitere Maßnahmen und Vorhaben im Rahmen der Betriebspläne möglichst nicht in Anspruch genommen werden.

1. Im beantragten Erlaubnisfeld liegen folgende Natura 2000-Gebiete:

- FFH-Gebiet Nr.DE 1123-393 "Küstenbereiche Flensburger Förde von Flensburg bis Geltinger Birk"
- FFH-Gebiet Nr. DE 1224-321 "Wald südlich Holzkoppel"
- FFH Gebiet Nr. DE 1325-356 „Drülter Holz“
- FFH Gebiet Nr. DE 1324-391 „Wellspanger-Loiter-Oxbek-System und angrenzende Wälder“
- EU-Vogelschutzgebiet DE1 123-491 „Flensburger Förde“

Eine Betroffenheit dieser Gebiete ist auszuschließen.

2. Die Verordnung zum Landschaftsschutzgebiet „Flensburger Förde“ ist zu beachten.

3. Sofern bei künftigen Maßnahmen das Grundwasser berührt wird (z. B. bei Erd-aufschlüssen, Bohrungen, Einleitungen), ist zu prüfen, ob ein wasserrechtlicher Benutzungstatbestand vorliegt. Diese Prüfung ist im Einvernehmen mit der zuständigen Unteren Wasserbehörde durchzuführen. Wasserrechtliche Anforderungen im Rahmen eines konkreten Betriebsplanverfahrens sind ebenfalls im Einvernehmen mit der zuständigen Unteren Wasserbehörde festzulegen.

4. Die im Arbeitsprogramm als Option enthaltenen seismischen Messungen sind im marinen Bereich aus Gründen des Natur-und Artenschutzes unzulässig.

Zu den weiteren Hinweisen und Bedenken hinsichtlich des Grundwasser- und Naturschutzes sind anliegende Stellungnahmen und Resolutionen der betroffenen Gebietskörperschaften zu beachten.

Es wird darauf hingewiesen, dass die sich aus § 7 BBergG herleitenden Rechte nicht grundsätzlich zum Ausschluss anderweitiger Nutzungen, vor allem anderer Bodenschätze, im Erlaubnisfeld führen.

1. Sie sind verpflichtet, das Erlaubnisfeld nach Maßgabe des vorgelegten Arbeitsprogramms zu untersuchen. Die Erlaubnis erlischt, wenn das mit dem Antrag vorgelegte Arbeitsprogramm nicht erfüllt wird, es sei denn, die Abweichungen sind zuvor schriftlich angezeigt und vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) genehmigt worden.

2. Dem LBEG ist zu Beginn eines jeden Kalenderjahres über den Stand der Aufsuchungsarbeiten zu berichten; dabei sind auch etwaige Änderungen und Fortschreibungen des Arbeitsprogramms vorzutragen und zu begründen. Zu der Berichterstattung gehört die Vorlage der Untersuchungsergebnisse in Form von Schichtenverzeichnissen und zeichnerischen Darstellungen der geologischen Verhältnisse. (Die Berichterstattung ersetzt nicht die Anzeige- und Genehmigungsverpflichtung zu Nr. 1.)
3. Sie sind gemäß Bundesberggesetz (BBergG) zur Berichterstattung und Datenablieferung an das LBEG verpflichtet. Nähere Angaben dazu sind der beigelegten Anlage „Merkblatt zur Erhebung von geophysikalischen und geologischen Daten aus Kohlenwasserstoff-Erlaubnis- und Bewilligungsfeldern“ zu entnehmen.

Bereits bei Einreichung des Arbeitsprogramms im Rahmen künftiger Erlaubnisverlängerungen ist der zeitliche Ablauf der einzelnen Vorhaben Ihres Arbeitsprogramms anzugeben. Dabei sind weiterhin die finanziellen Aufwendungen für die einzelnen Vorhaben Ihres Arbeitsprogramms darzustellen.

Ich weise darauf hin, dass eine Beteiligung Dritter an dieser Erlaubnis gemäß § 22 BBergG der Genehmigung des LBEG bedarf. Hierzu ist die Vorlage eines Vertrages erforderlich, welcher vom Erlaubnisinhaber, den ggf. vorhandenen Konsorten und dem zu beteiligenden Vertragspartner unterschrieben ist.

Die Stellungnahme des nach § 15 BBergG beteiligten Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume sowie die von ihr beteiligten Gebietskörperschaften (einschließlich zugangener Beschlüsse und Resolutionen) sowie ein Merkblatt zur Feldesabgabeerklärung sind zu Ihrer Kenntnisnahme beigelegt. Ein Vordruck zur Feldesabgabeerklärung für den Erhebungszeitraum 2013 liegt ebenfalls bei.

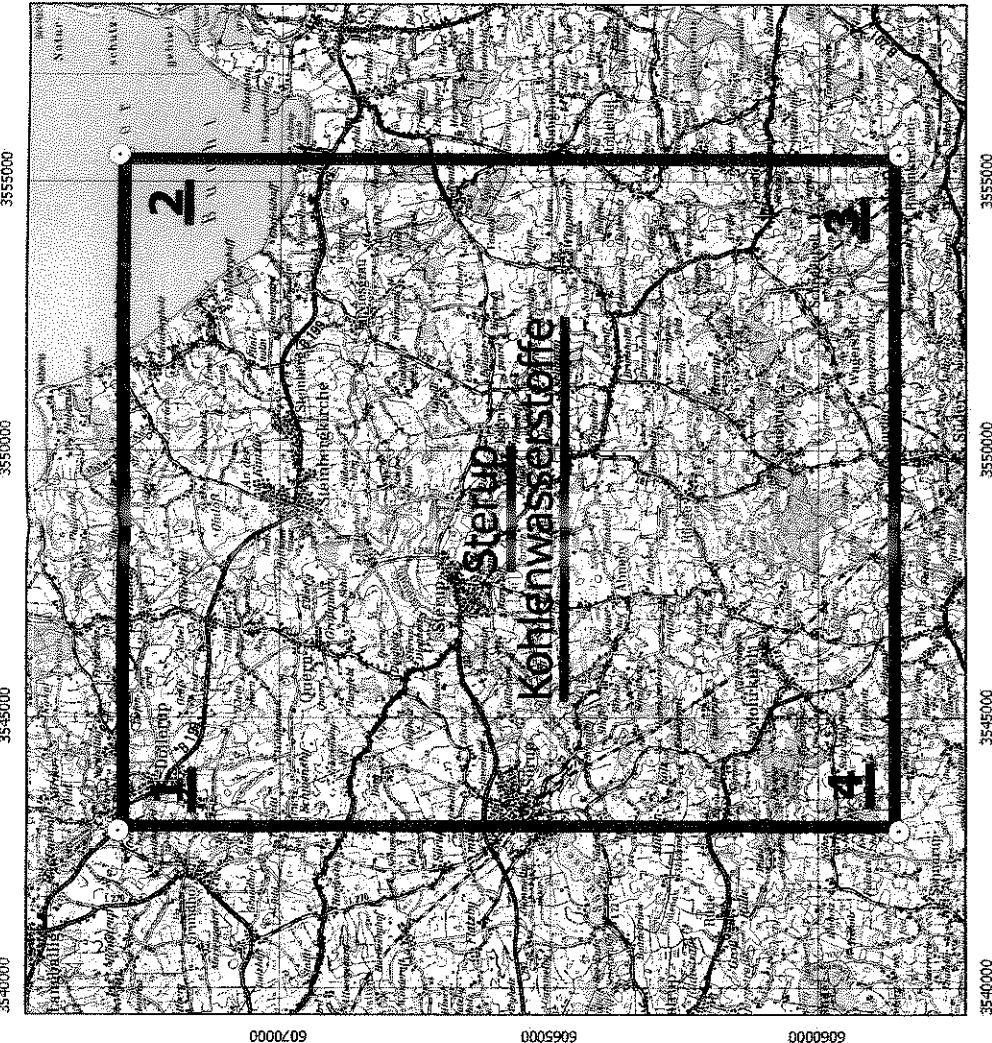
Für die Erteilung dieser Erlaubnis erhebe ich gemäß Tarifstelle 3.2.1.1 des Allgemeinen Gebührentarifs der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren vom 15.10.2008 (GVObI. Schl.-H. 2008, S. 383), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, eine Verwaltungsgebühr von 4 080,-- €.

Eine Verwaltungskostenrechnung ist beigelegt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid sowie die Verwaltungskostenfestsetzung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen in 38678 Clausthal-Zellerfeld, An der Marktkirche 9, einzulegen.

Im Auftrage
gez. Söntgerath



Karte

für das Erlaubnisfeld Sterup
zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen
Land Schleswig-Holstein
Kreis Schleswig-Flensburg

Koordinaten der Feldeseckpunkte		
fld. Nr.	Rechtswert	Hochwert
1	3 542 900	6 073 000
2	3 555 500	6 073 000
3	3 555 500	6 058 500
4	3 542 900	6 058 500
1	3 542 900	6 073 000

Flächeninhalt des Feldes 182 689 100 m²

Maßstab 1 : 100 000

Angefertigt Bonn, den 01.07.2013

(unter Berücksichtigung der Projektionsverzerrung;
abgerundet auf volle Hundert m²)

[Signature]
(Ole Gehms)

für Central Anglia AS

Zur Erstellung der Erlaubnis vom 14.11.2013
Az.: L2.7/L6721/11-12_06/2012-0001 gehörend.

Clausthal-Zellerfeld, d. 14.11.2013
Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

Im Auftrage
gez. Sontgerath

Beglaubigt
[Signature]
Verwaltungsangest.



Gauß-Krüger-Abbildung, 3° - Meridianstreifen; Bessel-Ellipsoid
Kartengrundlage: TK 100 Blatt C 1522

Quelle: TK 100 Rasterdaten des Bundesamts für Kartographie und Geodäsie



Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
Postfach 11 53, 38669 Clausthal-Zellerfeld



**Landesamt für Bergbau,
Energie und Geologie**

Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein,
Hamburg, Bremen und Niedersachsen

PRD Energy GmbH
Potsdamer Platz 11
10785 Berlin



Bearbeitet von Herrn Brinkmann

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)
L2.7/L67211/11-12_08/2012-
0001

Durchwahl (0 53 23) 9612-248

Clausthal-Zellerfeld
07.11.2013

E-Mail
Fred.Brinkmann@lbeg.niedersachsen.de

Erlaubnisfeld Elmshorn
Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen
Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken gem. § 7 BBergG

- Neuantrag vom 06.09.2012 - CMS Hasche Sigle, JMe-gg-2011/07215 -

Gemäß §§ 7, 10, 11 und 16 des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, wird Ihnen auf den o. a. Antrag die Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen zu gewerblichen Zwecken innerhalb der rot umrandeten Begrenzung der zu dieser Erlaubnis gehörenden Karte (Feldeseckpunkte: in ganzen Zahlen, 1 bis 10 und 1) erteilt.

Das Erlaubnisfeld "Elmshorn" erstreckt sich über eine Fläche von 594.782.900 m². Es liegt im Land Schleswig-Holstein, in den Kreisen Segeberg, Steinburg und Pinneberg.

Die Erlaubnis wird vom 01.12.2013 bis zum 30.11.2018 befristet erteilt.

Hinweise:

Die Erteilung einer Erlaubnis berechtigt den Inhaber nicht zu tatsächlichen Aufsuchungshandlungen sondern stellt lediglich einen Rechtstitel dar, mit dem ihm lediglich aufgrund der nachzuweisenden Eignung das grundsätzliche und ausschließliche Recht zugewiesen wird, die Aufsuchung in dem ihm zugesprochenen Erlaubnisfeld vorzunehmen. Tatsächliche Aufsuchungshandlungen dürfen nur aufgrund zugelassener Betriebspläne (§ 51 ff BBergG) erfolgen.

Mit der Erlaubnis werden weder tatsächliche Handlungen, noch flächenrelevante Maßnahmen wie vorbereitende seismische Messungen oder Bohrungen gestattet.

Vorsorglich wird darauf hingewiesen,

dass sich die Landesregierung Schleswig-Holstein gegen Fracking mit wasser- und umweltgefährdenden Stoffen ausgesprochen hat. Bergrechtliche Betriebspläne (§ 52 ff BBergG), mit dem Ziel Methoden zum Aufbrechen von Gesteinen mit hydraulischem Druck unter Einsatz von Flüssigkeiten die wassergefährdende, human- oder ökotoxische Stoffe enthalten, einzusetzen, sind aus Sicht des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein nicht genehmigungsfähig und,

dass Schutzinteressen, bezogen auf bspw. Gewässer/Grundwasserleiter, europäische Schutzgebiete, mögliche Beeinträchtigungen der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, im weiteren Genehmigungsverfahren zur Zulassung von bergrechtlichen Betriebsplänen zu beurteilen und abzuarbeiten sind. So sind noch vorhabenbedingt erlaubnispflichtige Gewässerbenutzungen sowie Eingriffe in Natur und Landschaft zu prüfen. Zu beurteilen sind ferner, ob und in welchem Umfang Verbotstatbestände im Bereich des Arten- und Biotopschutzes erfüllt werden.

Die nachfolgend aufgeführten Schutzgebiete sollten unabhängig von den rechtlichen Bestimmungen für weitere Maßnahmen und Vorhaben im Rahmen der Betriebspläne möglichst nicht in Anspruch genommen werden.

1. Natura 2000

Das beantragte Erlaubnisfeld liegt im Bereich bzw. in Nahbereich folgender europäischer Schutzgebiete (Natura 2000-Gebiete):

- FFH-Gebiet 2224-391 Himmelmoor, Kummerfelder Gehege und angrenzende Flächen
- FFH-Gebiet 2224-305 „Staatsforst Rantzau östlich Tornesch
- FFH-Gebiet 2323-392 „S-H Elbästuar und angrenzende Flächen"
- FFH-Gebiet 2324-304 „NSG Tävsmoor/Haselauer Moor"
- FFH-Gebiet 2225-303 „Pinnau Gronau"
- EU-Vogelschutzgebiet 2323-401 „Unterelbe bis Wedel (randliche Betroffenheit)

Diese Gebiete und ihre gebietsspezifischen Erhaltungsziele sind öffentlich bekannt gemacht worden und stehen im Internet unter

<http://www.schleswig-hols->

[tein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForstJagd/05_Natura2000/023_FFH_Gebiete/ein_node.html](http://www.schleswig-hols-)

bzw. unter

<http://www.schleswig-hols->

[tein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForstJagd/05_Natura2000/025_Vogelschutz/ein_node.html](http://www.schleswig-hols-)

zur Verfügung.

Es wird darauf hingewiesen, dass nach gängiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes ein Vorhaben nur dann als verträglich angesehen werden kann, wenn keine vernünftigen Zweifel verbleiben, dass das Gebiet als Ganzes oder wesentliche Bestandteile gemessen an seinen Erhaltungszielen (für sämtliche Arten) nicht erheblich beeinträchtigt werden. Dieses ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens sicherzustellen.

2. Naturschutzgebiete

Das Erlaubnisfeld liegt im Bereich bzw. im Nahbereich der Naturschutzgebiete

- „Baggersee Hohenfelde“
- „Lither Kalkgrube“
- „Tävsmoor/Haselauer Moor“
- „Holmmoor“

Die jeweilige Schutzgebietsverordnung ist zu beachten (s. <http://www.kreis-pinneberg.de/Kreisverwaltung/Verwaltungsstruktur/Fachbereich+Ordnung/Fachdienst+Umwelt/Team+Naturschutz.html>)

http://www.segeberg.de/index.phtml?ModID=10&object=tx%7C1834.1006.1&La=1&svID=1822.14&uf_d%5B1%5D=Schutzgebiete&uf_f%5B1%5D=Titel%2CSynonyme&uf_o%5B1%5D=%25%25&kat=1822.123&ort=&alpha

https://www.steinburg.de/195_266.htm).

3. Landschaftsschutz

Das Erlaubnisfeld überschneidet sich zudem ausweislich des vorgelegten Lagerisses mit den Landschaftsschutzgebieten

- „Kollmarer Marsch“
- „Königsmoor“
- „Pinneberger Elbmarschen“
- „Moorige Feuchtgebiete“
- „Landschaftsschutzgebiet des Kreises Pinneberg“.

Die jeweilige Schutzgebietsverordnung ist zu beachten (s. <http://www.kreis-pinneberg.de/Kreisverwaltung/Verwaltungsstruktur/Fachbereich+Ordnung/Fachdienst+Umwelt/Team+Naturschutz.html>)

http://www.segeberg.de/index.phtml?ModID=10&object=tx%7C1834.1006.1&La=1&svID=1822.14&uf_d%5B1%5D=Schutzgebiete&uf_f%5B1%5D=Titel%2CSynonyme&uf_o%5B1%5D=%25%25&kat=1822.123&ort=&alpha

https://www.steinburg.de/195_266.htm).

Ggf. sind weitere Schutzgebiete von dem geplanten Vorhaben betroffen.

4. Gewässerschutz

Das Erlaubnisfeld überschneidet sich ausweislich des vorgelegten Lagerisses mit den Wasserschutzgebieten

- "Horstmühle",
- "Elmshorn-Sibirien",
- "Elmshorn Köhnholz/Krückaupark",
- "Uetersen",
- "Haseldorfer Marsch",
- "Pinneberg Peiner Weg",
- "Quickborn",
- "Henstedt-Rhen",
- "Norderstedt" und
- "Langenhorn-Glashütte".

In diesen Gebieten sind konkrete Aufsuchungsarbeiten oder Fördertätigkeiten ggf. verboten, nur eingeschränkt oder nur mit besonderen Auflagen möglich. Die jeweilige Schutzgebietsverordnung ist zu beachten (s. [http://www.schleswig-](http://www.schleswig-hols-)

[hols-](http://www.schleswig-hols-)
[tein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/WasserMeer/01_AllgInformationen/04_RechtlGrun](http://www.schleswig-hols-)
[dlagen/PDF/WasserschutzgebieteSH__blob=publicationFile.pdf](http://www.schleswig-hols-)).

Darüber hinaus bestehen in dem beantragten Feld eine Reihe weiterer Wassergewinnungsanlagen, in deren Einzugsbereich ebenfalls besondere Anforderungen einzuhalten sind.

Sofern bei künftigen Maßnahmen das Grundwasser berührt wird (z.B. bei Erdaufschlüssen, Bohrungen, Einleitungen), ist zu prüfen, ob ein wasserrechtlicher Benutzungstatbestand vorliegt. Diese Prüfung ist im Einvernehmen mit der zuständigen Unteren Wasserbehörde durchzuführen. Wasserrechtliche Anforderungen im Rahmen eines konkreten Betriebsplanverfahrens sind ebenfalls im Einvernehmen mit der zuständigen Unteren Wasserbehörde festzulegen.

Zu den weiteren Hinweisen und Bedenken hinsichtlich des Grundwasser- und Naturschutzes sowie weiterer Schutzgüter sind die anliegenden Stellungnahmen und Hinweise der betroffenen Gebietskörperschaften zu beachten.

Es wird weiterhin darauf hingewiesen, dass die sich aus § 7 BBergG herleitenden Rechte nicht grundsätzlich zum Ausschluss anderweitiger Nutzungen, vor allem anderer Bodenschätze, im Erlaubnisfeld führen.

1. Sie sind verpflichtet, das Erlaubnisfeld nach Maßgabe des vorgelegten Arbeitsprogramms zu untersuchen. Die Erlaubnis erlischt, wenn das mit dem Antrag vorgelegte Arbeitsprogramm nicht erfüllt wird, es sei denn, die Abweichungen sind zuvor schriftlich angezeigt und vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) genehmigt worden.

2. Dem LBEG ist zu Beginn eines jeden Kalenderjahres über den Stand der Aufsuchungsarbeiten zu berichten; dabei sind auch etwaige Änderungen und Fortschreibungen des Arbeitsprogramms vorzutragen und zu begründen. Zu der Berichterstattung gehört die Vorlage der Untersuchungsergebnisse in Form von Schichtenverzeichnissen und zeichnerischen Darstellungen der geologischen Verhältnisse. (Die Berichterstattung ersetzt nicht die Anzeige- und Genehmigungsverpflichtung zu Nr. 1.)
3. Sie sind gemäß Bundesberggesetz (BBergG) zur Berichterstattung und Datenablieferung an das LBEG verpflichtet. Nähere Angaben dazu sind der beigefügten Anlage „Merkblatt zur Erhebung von geophysikalischen und geologischen Daten aus Kohlenwasserstoff-Erlaubnis- und Bewilligungsfeldern“ zu entnehmen.

Bereits bei Einreichung des Arbeitsprogramms im Rahmen künftiger Erlaubnisverlängerungen ist der zeitliche Ablauf der einzelnen Vorhaben Ihres Arbeitsprogramms anzugeben. Dabei sind weiterhin die finanziellen Aufwendungen für die einzelnen Vorhaben Ihres Arbeitsprogramms darzustellen.

Ich weise darauf hin, dass eine Beteiligung Dritter an dieser Erlaubnis gemäß § 22 BBergG der Genehmigung des LBEG bedarf. Hierzu ist die Vorlage eines Vertrages erforderlich, welcher vom Erlaubnisinhaber, den ggf. vorhandenen Konsorten und dem zu beteiligenden Vertragspartner unterschrieben ist.

Die Stellungnahme des nach § 15 BBergG beteiligten Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume sowie die von ihr beteiligten Gebietskörperschaften sowie ein Merkblatt zur Feldesabgabeerklärung sind zu Ihrer Kenntnisnahme beigefügt. Ein Vordruck zur Feldesabgabeerklärung für den Erhebungszeitraum 2013 liegt ebenfalls bei.

Für die Erteilung dieser Erlaubnis erhebe ich gemäß Tarifstelle 3.2.1.1 des Allgemeinen Gebührentarifs der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren vom 15.10.2008 (GVObI. Schl.-H. 2008, S. 383), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, eine Verwaltungsgebühr von 6 723,-- €.

Eine Verwaltungskostenrechnung ist beigefügt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid sowie die Verwaltungskostenfestsetzung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen in 38678 Clausthal-Zellerfeld, An der Marktkirche 9, einzulegen.

Im Auftrage
gez. Söntgerath

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Landesaufnahme
Ausgabe aus 1:25000 Deutsche Topographische Karte 5300000 - Lüneburg
Mittelmaßstab: gereinigte, entzerrte Kartenblätter

Koordinatenverzeichnis der Feldseckpunkte Elmshorn

1	352760.00	595240.00
2	353055.00	595340.00
3	353105.00	595905.00
4	353340.00	596710.00
5	353700.00	596705.00
6	353600.00	596220.00
7	353305.00	595720.00
8	352770.00	594785.00
9	353855.00	594310.00
10	353805.00	593705.00
Flächeninhalt des Feldes: 594.782.900 m ²		

Karte für das Erlaubnisfeld "Elmshorn" zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen

Land Schleswig-Holstein
Kreis
Segeberg, Steinburg, Pinneberg

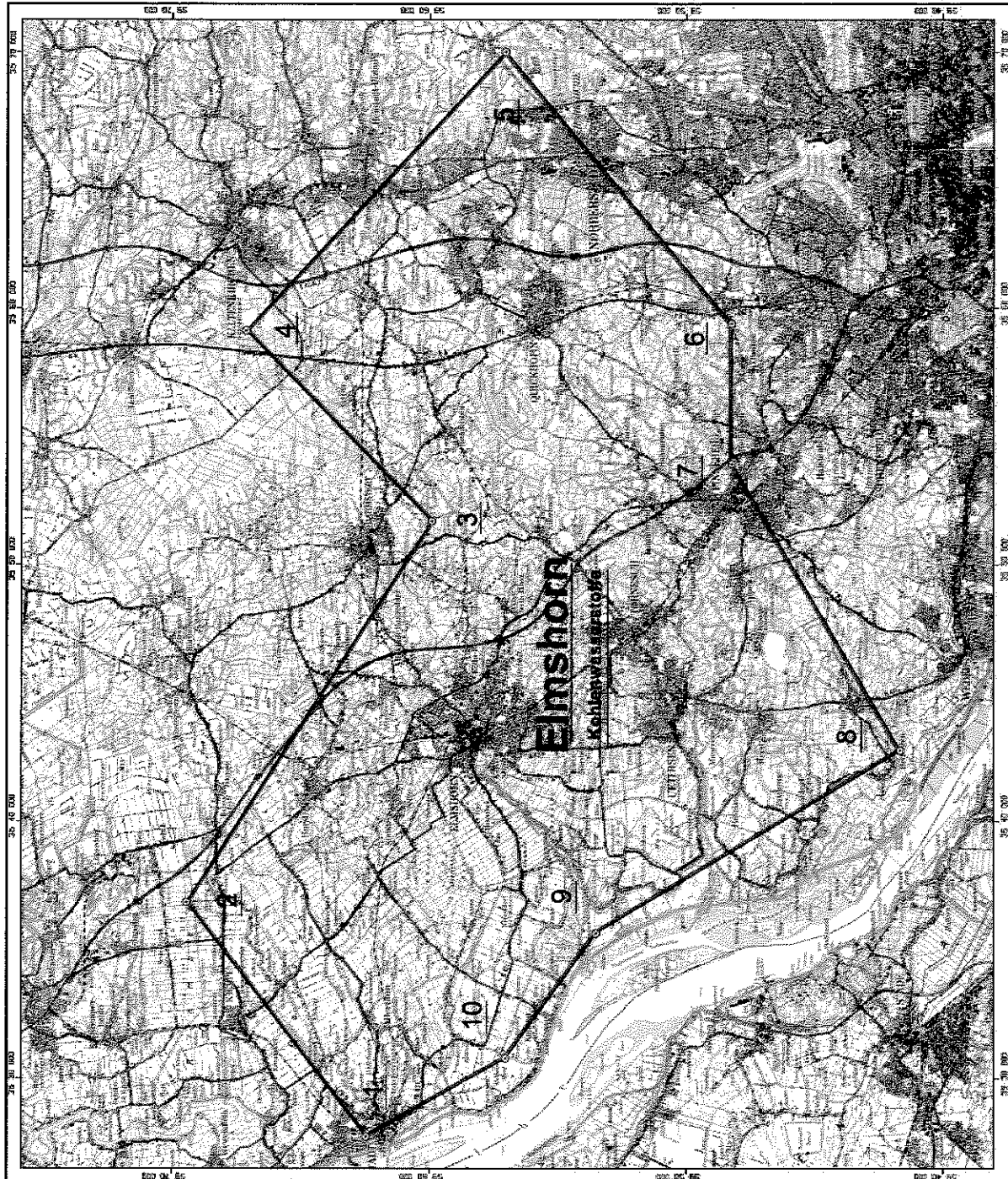
Flächeninhalt des Erlaubnisfeldes Elmshorn: 594.782.900 m²
unter Berücksichtigung der anderen Fläche und der Projektionsverzerrung abgerundet auf volle 100 m²

Maßstab 1 : 100.000
angefertigt: Kreisfeld-Zellerfeld, August 2008 durch
Geo-Büro Peter Hasse

für
PRD Energy GmbH
Potsdamer Platz 11
10785 Berlin

Zur Erteilung der Erlaubnis
von A2, geltend,
Kreisfeld-Zellerfeld, den

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie





Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
Postfach 11 53, 38669 Clausthal-Zellerfeld



**Landesamt für Bergbau,
Energie und Geologie**

Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein,
Hamburg, Bremen und Niedersachsen

RWE Dea AG
Überseering 40
22297 Hamburg

Bearbeitet von Herrn Brinkmann

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)
L2.7/L67212/11-12_01/2012-
0004

Durchwahl (0 53 23) 9612-248

Clausthal-Zellerfeld
05.11.2013

E-Mail
Fred.Brinkmann@lbeg.niedersachsen.de

Erlaubnisfeld Preetz-Restfläche
Bewilligungsfeld: Warnau

- Ihr Antrag vom 07.08.2012 mit Ergänzungen bis zum 21.12.2012 - UOX-ED -

Als Anlage übersende ich den Bewilligungsbescheid für das im Betreff genannte Bewilligungsfeld mit dem zur Bewilligung gehörenden Lageriss sowie weitere beglaubigte Ausfertigungen.

Ablichtungen von Stellungnahmen der nach § 15 BBergG beteiligten Behörden sind zur Information im Hinblick auf spätere Betriebsplanverfahren beigelegt.

Eine Verwaltungskostenrechnung ist ebenfalls beigelegt.

Hinweis:

Die Gewinnung aus dem Bewilligungsfeld ist förderabgabepflichtig. Die Abgabe der Voranmeldungen und Erklärungen zur Förderabgabe erfolgt über ein **Online-Verfahren**. Weitere Informationen hierzu entnehmen Sie bitte der Internetseite des LBEG unter dem Thema Bergbau/Feldes- und Förderabgabe.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage

gez. Söntgerath

Bewilligungsbescheid

- Nr. 1 Gemäß §§ 8, 10 und 12 des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, wird der RWE Dea AG, Überseering 40, 22297 Hamburg, auf den Antrag vom 07.08.2012 mit Ergänzungen bis zum 21.12.2012 die Bewilligung erteilt, in dem Feld Warnau Kohlenwasserstoffe innerhalb der rot umrandeten Begrenzung des zu dieser Bewilligung gehörenden Lagerisses aufzusuchen und zu gewinnen.

Das Bewilligungsfeld erstreckt sich über eine Fläche von 710.600 Quadratmetern. Es liegt im Kreis Plön des Landes Schleswig-Holstein.

- Nr. 2 Die Bewilligung wird vom 01.12.2013 für die Dauer von 3 Jahren bis zum 30.11.2016 erteilt.

- Nr. 3 Für die Erteilung der Bewilligung erhebe ich gemäß Tarifstelle 3.2.2 des Allgemeinen Gebührentarifs der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren vom 15.10.2008 (GVObI. Schl.-H. 2008, S. 383), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, eine Verwaltungsgebühr von 4 350,– Euro.

Hinweise:

Die Erteilung einer Bewilligung verleiht der Inhaberin das grundsätzliche Recht zur Aufsuchung und zur Gewinnung des betreffenden Bodenschatzes im zugesprochenen Bewilligungsfeld, auch wenn tatsächliche Handlungen nur aufgrund zugelassener bergrechtlicher Betriebspläne erfolgen dürfen.

Mit der Bewilligung werden weder tatsächliche Handlungen noch flächenrelevante Maßnahmen, wie vorbereitende seismische Messungen oder Bohrungen gestattet.

Vorsorglich wird darauf hingewiesen,

dass sich die Landesregierung Schleswig-Holstein gegen Fracking mit wasser- und umweltgefährdenden Stoffen ausgesprochen hat. Bergrechtliche Betriebspläne (§ 52 ff BBergG), mit dem Ziel Methoden zum Aufbrechen von Gesteinen mit hydraulischem Druck unter Einsatz von Flüssigkeiten die wassergefährdende, human- oder ökotoxische Stoffe enthalten, einzusetzen, sind aus Sicht des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein nicht genehmigungsfähig und,

dass Schutzinteressen, bezogen auf bspw. Gewässer/Grundwasserleiter, europäische Schutzgebiete, mögliche Beeinträchtigungen der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, im weiteren Genehmigungsverfahren zur Zulassung von bergrechtlichen Betriebsplänen zu beurteilen und abzuarbeiten sind. So sind noch vorhabenbedingt erlaubnispflichtige Gewässerbenutzungen sowie Eingriffe in Natur und Landschaft zu prüfen. Zu beurteilen sind ferner, ob und in welchem Umfang Verbotstatbestände im Bereich des Arten- und Biotopschutzes erfüllt werden.

1. Natura 2000

Es ist zu prüfen, ob das folgende europäische Schutzgebiet (Natura 2000-Gebiete) im Einflussbereich des Bewilligungsfeldes liegt:

- FFH-Gebiet Nr. 1725-392 "Gebiet der Oberen Eider incl. Seen"

Dieses Gebiet und seine gebietsspezifischen Erhaltungsziele sind öffentlich bekannt gemacht worden und stehen im Internet unter

http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForstJagd/05_Natura2000/023_FFH_Gebiete/ein_node.html?g_nr=1725-392&g_name=&lk=&art=&lr=&what=&submit=true&suchen=Suchen
(der Link in anliegendem Schreiben des MELUR vom 30.05.2013 ist falsch angegeben worden)

zur Verfügung.

Es wird darauf hingewiesen, dass nach gängiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes ein Vorhaben nur dann als verträglich angesehen werden kann, wenn keine vernünftigen Zweifel verbleiben, dass das Gebiet als Ganzes oder wesentliche Bestandteile gemessen an seinen Erhaltungszielen (für sämtliche Arten) nicht erheblich beeinträchtigt werden. Dieses ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens sicherzustellen.

2. Naturschutzgebiete

Es ist zu prüfen, ob das folgende Naturschutzgebiet im Einflussbereich des beantragten Bewilligungsfeldes liegt:

- "Lütjensee und Hochfelder See südöstlich Gut Bothkamp"

Die Schutzgebietsverordnung ist zu beachten. (s. <http://www.kreis-ploen.de/index.php?object=tx|2156.4&ModID=10&FID=2158.26.1>)

3. Landschaftsschutz

Das Bewilligungsfeld überschneidet sich zudem ausweislich des vorgelegten Lagerisses mit den Landschaftsschutzgebieten

- "Bothkamper See, Tal der Drögen Eider und Umgebung" und
- "Bornhöveder Seenplatte auf dem Gebiet des Kreises Plön und die Alte Schwentine (Kührener Au) bis Kührener Brücke und Umgebung"

Die Schutzgebietsverordnungen sind zu beachten. (s. <http://www.kreis-ploen.de/index.php?object=tx|2156.4.1&ModID=10&FID=2158.28.1&NavID=2158.2&La=1&ort=2158.1&sfwort=1#detail>)

4. Gewässerschutz

Innerhalb des Bewilligungsfeldes liegen nach hiesiger Kenntnis keine Wassergewinnungsanlagen. Unbeschadet dessen ist sicherzustellen, dass bei künftigen Maßnahmen, bei denen das Grundwasser berührt wird (z. B. bei Erdaufschlüssen, Bohrungen, Einleitungen), geprüft wird, ob ein wasserrechtlicher Benutzungstatbestand vorliegt. Diese Prüfung ist im Einvernehmen mit der zuständigen Unteren Wasserbehörde durchzuführen. Wasserrechtliche Anforderungen im Rahmen eines konkreten Betriebsplanverfahrens sind ebenfalls im Einvernehmen mit der zuständigen Unteren Wasserbehörde festzulegen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid sowie die Verwaltungskostenfestsetzung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen in 38678 Clausthal-Zellerfeld, An der Marktkirche 9, einzulegen.

Clausthal-Zellerfeld, den 05.11.2013

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

Im Auftrage

gez. Söntgerath

L2.7/L67212/11-12_01/2012-0004

RWE Dea AG

Lageriss für das Bewilligungsfeld

"Warnau"

zur Gewinnung von Kohlenwasserstoffen

Land Schleswig-Holstein
Kreis Plön

Koordinaten der Feldeseckpunkte

Punkt-Nr.	Rechtswert	Hochwert
1	35 77 718,11	60 03 521,07
2	35 78 442,91	60 03 261,15
3	35 78 131,34	60 02 392,33
4	35 77 405,54	60 02 652,25

Fundbohrung Warnau 2a

Ansatzpunkt	35 78 427,78	60 02 917,06
Landepunkt	35 77 893,86	60 02 907,75

Flächeninhalt des Bewilligungsfeldes unter Berücksichtigung der Projektionsverzerrung :

710.600 m²

Maßstab 1 : 25.000

Ausschnitt aus TK25 des BKG

Koordinatensystem : Gauß - Krüger Abbildung

Handwritten signature

Dipl.Ing. Holger Jacob

Angefertigt im Dezember 2012

Zur Urkunde zur Erteilung der Bewilligung

L 2.7/16672221

vom 05.11.13 Az. 11-12-01/2012-gehörend.
0004

Beglaubigt

Handwritten signature

Verwaltungsgemeinschaft

000.2164.100.4.220200



Claustral - Zellerfeld, den 05.11.13

i.A. ger. Lintgen

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

